

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt

der Königlichen Amtshauptmannschaft, der Königlichen Schulinspektion und des Königlichen Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Königlichen Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda und der Gemeindeämter des Bezirks.



Anzeigeblatt

für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke.

Ältestes Blatt im Bezirk.

Erscheint seit 1846.

Teleg.-Adresse: Amtsblatt.

Fernsprecher Nr. 22.

Wöchentliche Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt.

Gezätsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15.
Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Gezätsstelle monatlich 80 Pf., bei Zustellung ins Haus monatlich 90 Pf.; durch die Post bezogen vierzehntäglich Rk. 2,55 ohne Zustellungsgebühr.

Postcheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 21543. — Gemeinderverbandskasse Bischofswerda Konto Nr. 64.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verbreitungseinrichtungen — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die gespaltenen Grundzettel (Bm. Moße 25, oder deren Raum 25 Pfg., örtliche Anzeigen 18 Pfg. Im Teile (Bm. Moße 17) 80 Pfg. die gespaltenen Zettel. Bei Wiederverholungen Rabatt nach feststehenden Sätzen. — örtliche Anzeigen die gespaltenen Zettel 40 Pfg. — Für bestimmte Tage oder Blätter wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Fortsetzung der Besprechungen im Großen Hauptquartier.

Rückkehr des Kanzlers ins Hauptquartier.

Berlin, 12. Juli. (Priv.-Tel.) Der Reichskanzler Graf Hertling ist heute in das Große Hauptquartier zurückgekehrt. Herr v. Hinze begibt sich heute nach Christiania zurück, um sich dort vom König zu verabschieden und wird wahrscheinlich im Verkaufe der nächsten Wochen die Leitung der Geschäfte des Auswärtigen Amtes übernehmen.

Berlin, 13. Juli. (Meldung unseres Berliner Vertreters.) Der Kanzler ist mir, wie man jetzt ersieht, auf zwei Tage nach Berlin gekommen. Hier hat er die Gemüter beruhigt und führt nur wieder ins Große Hauptquartier zurück. Dort sollen die Besprechungen fortgesetzt werden, die einmal die Ausgestaltung des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses betreffen, dann aber sich mit der westpolnischen Lage beschäftigen. Die Vorgänge im Osten erfordern, wie der Kanzler schon in seiner Rede hervorhob, die volle Aufmerksamkeit der Regierung, aber hier — handelt es sich nicht lediglich um politische, sondern auch um militärische Fragen, die zu erledigen sind, weshalb die längere Anwesenheit des Kanzlers im Hauptquartier und seine stete Führung mit der Obersten Heeresleitung notwendig ist. Dass die Westfragen bei diesen dauernden Beratungen ebenfalls eingehend vom politischen und militärischen Standpunkt erörtert werden, ist nur erklärlich, indessen darf man nicht annehmen, dass sie etwa durch irgend einen Friedensschlüssel oder ein feindliches Angebot dringend geworden sind. Der Kanzler selbst wies ja darauf hin, dass die jetzige Haltung unserer Gegner keinen nahen Frieden wahrscheinlich mache. Durch das längere Verweilen des Kanzlers im Hauptquartier, das, wie man annimmt, noch mindestens eine Woche dauern wird, wird seine geplante Reise nach Wien wiederum hinausgeschoben. Sie wird wenige Tage nach seiner Rückkehr unternommen werden.

Der russische Gesandte beim Reichskanzler.

Berlin, 13. Juli. (Priv.-Tel.) Der Reichskanzler Graf Hertling hat gestern, bevor er in das Große Hauptquartier zurückgekehrt ist, u. a. auch den bevollmächtigten Vertreter der russischen sozialistischen förderativen Sowjetrepublik Sosso empfangen.

Herrn v. Hinzes erste Aufgaben.

Berlin, 13. Juli. (Meldung unseres Berliner Vertreters.) Die erste Aufgabe des neuen Staatssekretärs von Hinze wird, wie mir von unterrichtlicher Seite mitgeteilt wird, darin bestehen, dass er sich mit den Verhandlungen in Salzburg beschäftigt. Wie man allgemein annimmt, wird er sich hierbei sich gleich der vorrigen Regierung und Kaiser Karl vorstellen. Den Verhandlungen, die der Reichskanzler in Wien plant, wird Hinze beymohnen. Nach seiner Rückkehr nach Berlin wird er, wahrscheinlich nach Ende des Monats eine Rundreise zu den Regierungen der deutschen Bundesstaaten unternehmen, um mit diesen in engere Führung zu treten.

Hinzes guter Eindruck.

Berlin, 13. Juli. (Meldung unseres Berliner Vertreters.) Schon nach der Rede des Kanzlers hat sich in den Kreisen der Wehrheit die Gegnerschaft gegen den neuen Staatssekretär v. Hinze, dessen Ernennung bereits vollzogen ist und jedenfalls ingewissen amtlich bekannt gegeben wird, gezeigt. In den Reihen der Fortschrittlichen und des Zentrums bestandet man, wie schon die Debatte im Hauptausschuss ergab, für den neuen Staatssekretär ein gewisses Interesse und glaubte schon deshalb ihm unbewusst entgegentreten zu können, weil aus konservativen und nationalsozialistischen Kreisen Hinze nicht als ihr Mann reklamiert wird, sondern hier auch eine gewisse Reserve gewahrt wird. Am Donnerstag abend hatte nun der Vizekanzler v. Papier die Brüderführer zu sich gebeten, ihnen wurde hierbei der

neue Staatssekretär vorgestellt und dabei konnte man die Beobachtung machen, dass er von den meisten vorher persönlich gernicht bekannt war. Er machte auf alle Parteiführer einen sehr günstigen Eindruck. Jemand welche bindenden Versprechungen konnte er nicht machen, was man von ihm jedoch auch nicht forderte. Am Freitag abend begibt sich Herr v. Hinze nach Christiania, um sich hier von der norwegischen Regierung und vom König zu verabschieden. Im Laufe der nächsten Woche kehrt er dann nach Berlin zurück, um hier seinen Posten zu übernehmen.

Annahme des Kriegskredits im Hauptausschuss.

Der Hauptausschuss des Reichstags legte am Freitag in Anwesenheit des Reichskanzlers, des Vizekanzlers v. Papier, fast sämtlicher Staatssekretäre und zahlreicher Abgeordneter die Ausprache über die politische Lage fort.

Abg. Dr. Stresemann (nailib.) schloss sich in Beurteilung der Persönlichkeit v. Hilmanns den vorgestrittenen Ausführungen des Abg. Gröber (Zentr.) an. Die Antwort auf die Papernote, führte Abg. Stresemann aus, fassen wir als einen diplomatischen Akt auf und sind nicht der Meinung, dass man durch Bildung bestimmter Formeln zur Beendigung des Krieges beiträgt. Wir begrüßen die Erklärung des Kanzlers bezüglich der russischen Verhältnisse. Notwendig ist ein baldiger Beginn des wirtschaftlichen Gütertauschs. Wünschenswert erscheint besonders auch eine freundschaftliche Einwirkung auf unsere türkischen Bundesgenossen bezüglich des türkischen Vormarsches im Kaukasus. Von einer Kündigung über die Herausgabe Belgien verhindern wir uns keine friedensfördernde Wirkung zu versprechen. Ein Vertrauensverhältnis zwischen der Obersten Heeresleitung und der auswärtigen Politik muss bestehen. Die gegen die Oberste Heeresleitung erhobenen Vorwürfe sind unberechtigt. Dem neuen Staatssekretär kommen wir vorurteilsfrei entgegen. Wir kennen ihn nicht und wir werden ihn daher nur nach seinen Taten beurteilen können.

Eine Kanzlererklärung über Belgien.

Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling ging auf die Rede des Abg. Dr. Stresemann mit einer kurzen Erwiderung ein, in der er den wichtigsten Teil seiner vorgestrittenen Ausführungen über die Ziele der Reichspolitik im Osten und Westen noch einmal unterstrich. Über Belgien sagte er, wie W. T. B. amtlich meldet:

Was die Zukunft Belgiens betrifft, so bedeutet, wie ich gestern schon sagte, die Okkupation und der gegenwärtige Besitz Belgiens nur, dass wir ein Faustpfand für die künftigen Verhandlungen haben. Im Begriff des Faustpfandes liegt es, dass man das, was man als Pfand in der Hand hat, nicht behalten will, wenn die Verhandlungen zu einem günstigen Resultat geführt haben. Wir beabsichtigen nicht, Belgien in irgendeiner Form zu erhalten.

Wir wünschen genau so, wie ich schon am 24. Februar gesagt habe, dass das nach dem Kriege wiedererstandene Belgien als selbständiges Staatswesen, seinem als Vatall unterworfen, mit uns in guten freundschaftlichen Verhältnissen bleibe. Das ist der Standpunkt, den ich zu dem belgischen Problem von Anfang an eingenommen habe und auch heute noch einnehme.

Meine Herren! Diese Seite meiner Politik steht durchaus im Zusammenhang mit den allgemeinen Richtlinien, die ich Ihnen gestern dargelegt habe. Wir führen den Krieg als Verteidigungskrieg. Weil wir ihn als Verteidigungskrieg führen, weil uns von Anfang jede imperialistische, jede auf die Weltherrschaft gerichtete Tendenz ferngelegen hat, darum werden auch unsere Friedensziele dem entsprechen. Was wir wollen, das ist die Unserheitheit unseres Territoriums, das ist freie Lust für die Entwicklung unseres Volkes, insbesondere auf dem wirtschaftlichen Gebiete, das

ist natürlich auch die notwendige Sicherung für künftige schwierige Verhältnisse. Das trifft vollkommen auch für den Standpunkt zu, den ich Belgien gegenüber einnehme. Wie sich dieser Standpunkt aber im einzelnen festlegen lässt, das hängt von den künftigen Verhandlungen ab. Darüber kann ich jetzt keine bindenden Erklärungen abgeben. Ich muss mich damit begnügen, diese allgemein maßgebenden Richtlinien hier nochmals ausdrücklich festgestellt zu haben, und so glaube ich doch, an Sie jetzt die Bitte richten zu dürfen, helfen auch Sie mir, dass wir im Innern die Einheitsfront halten, die so überaus wichtig ist für unsere Brüder draußen im Felde, helfen Sie alle zusammen mit, dass wir die schwere Zeit des Krieges, den wir zu führen gezwungen sind, solange wir ihn führen müssen, bis zum ehrenvollen Ende bestehen.

Nachdem noch die Abg. Warmuth (Deutsche Fraktion) Seebenour (Unabh. Soz.) gesprochen hatten, wurde der Nachtragsetat für die Kriegskredite von 15 Milliarden Mark bei Stimmenhaftung der Polen gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten genehmigt.

15500 Tonnen versenkt.

Berlin, 12. Juli. (W. T. B. Amtlich.) Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz vernichteten unsere U-Boote 15 500 Brutto-Reg.-Tonnen feindlichen Handelschiffstraumes. Drei von den verlorenen Dampfern wurden aus stark gesicherten Gleisjägen herausgeschossen.

Der Chef des Admiralsabs der Marine,

Die schweren englischen Verluste.

Rotterdam, 12. Juli. (W. T. B. Amtlich) Nach dem „Nieuwe Rotterdamschen Courant“ geben die englischen Blätter die britischen Gesamtverluste im Juni, soweit schon veröffentlicht, mit 4406 Offizieren und 135 729 Mann an. Dazu kommen noch 40 Offiziere und 204 Mann von der Flotte. Für die drei Monate April, Mai und Juni stellen sich die Verlustziffern auf 21 097 Offiziere und 337 918 Mann.

Die Lohnbewegung der englischen Bergarbeiter.

London, 12. Juli. (Reuter.) Da der Kontrolleur für die Bergwerke sich geweigert hat, alle Forderungen der Bergleute nach Erhöhung der Löhne und Herabsetzung der Arbeitsstunden zu bewilligen, hat der nationale Rat der Bergleute mit Rücksicht auf die ernsten Folgen, die ein allgemeiner Ausstand in den Kohlenbergwerken haben würde, Lloyd George gebeten, eine Abordnung zu empfangen. Lloyd George hat zugestimmt.

Eine französisch-amerikanische Differenz.

••• Zürich, 12. Juli. (Priv.-Tel.) Die französische Regierung war bisher verpflichtet, den ganzen Unterhalt der amerikanischen Truppen in Frankreich zu bezahlen. Sie hat dafür von Amerika aus niemals eine Entschädigung erhalten. Infolge der steten Neuauflage amerikanischer Truppen steigen die Ausgaben, Frankreichs Ausgaben werden immer größer und die Schulden erhöhen sich infolge dieser Anspannung immer mehr. Deshalb hat sich Frankreich jetzt an Amerika mit dem Erfuchen gewandt, für den Unterhalt der amerikanischen Truppen selbst aufzutreten. Amerika will indessen von einer Zahlung nichts wissen. Deshalb ist eine Differenz eingetreten, die zu nachdrücklichen Auseinandersetzungen geführt hat. Die weitere Folge dieser finanziellen Anspannung Frankreichs ist die, dass Frankreich vor einer Finanzkrise steht.

Amerika will beten.

••• Rotterdam, 12. Juli. (Priv.-Tel.) Nach der Presseagentur ist in New York der Befehl gegeben, den Präsidenten zu veranlassen, in einer Proklamation dahin zu wir-